



Nr. 14

27. April 2017

Inhalt

[Gewalt gegen Beschäftigte: dbb fordert mehr Engagement beim Schutz](#) +++

[Personal: Öffentlichem Dienst droht ein Notstand](#) +++

[Mutterschutzreform: Mehr Schutz für junge Mütter](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Mecklenburg-Vorpommern: Knecht als dbb Landesvorsitzender wiedergewählt](#) +++

[Sachsen-Anhalt: Ladebeck bleibt Chef des dbb Landesbundes](#) +++

[Beamtenbesoldung in Sachsen: Gespräche abgeschlossen](#) +++

[Besoldung in Niedersachsen teilweise verfassungswidrig – NBB fordert politische Lösung](#) +++

[Bremen: Kritik an geplanter Besoldungsanpassung](#) +++

[Frauenförderung: DBB NRW fordert Rechtssicherheit für Beamte](#) +++

[Thüringen: tbb diskutiert Themen des öffentlichen Dienstes mit Ministerpräsident](#) +++

[FWSV: Neuer Name, neue Struktur](#) +++

[Gespräch mit von der Leyen: VBB gegen Soldaten auf Verwaltungsdienstposten](#) +++

[Kriminalstatistik zeigt Gewaltzunahme - DPoIG: Entdeckungsrisiko entscheidend](#) +++

[BLBS will Bund an Modernisierung berufsbildender Schulen beteiligen](#) +++

[Berliner Flughäfen: BDZ beklagt akute Personalnot bei Zollabfertigung](#) +++

[Spitzengespräch bei der DRV Bund: GdS will Flexi-Rente bekannter machen](#) +++

[Grenze für Migrantenanteil in Schulklassen](#) +++

[VBE: Fehlende Alarm-Trennung in Schulen ist Armutszeugnis](#) +++

[Namen und Nachrichten](#) +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: dbb fordert mehr Engagement beim Schutz

(dbb) Der Staat solle sich „unbedingt mehr einmischen beim Thema Gewalt gegen seine Beschäftigten“, fordert der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Wir sind besorgt über Entwicklungen, die sich geradezu epidemisch auszubreiten drohen“, sagte der dbb Chef mit Blick auf die aktuelle Kriminalstatistik beim Landesgewerkschaftstag des dbb Sachsen-Anhalt am 26. April 2017 in Wernigerode.

„Natürlich gibt es Aufgabengebiete, in denen der Umgang mit Kriminalität zum Job selbst gehört: Polizei, Justiz, Strafvollzug. Aber heute sind auch Schule, Finanzamt, Kommune, Eisenbahn, Straßenverkehrsdienst, Gerichtsvollzug, Krankenkasse oder Job-Center keine heile Welt mehr. Die Übergänge von verbaler zu physischer Gewalt sind fließend, Exzesse mit Todesfolge machen uns das von Zeit zu Zeit dramatisch bewusst“, so Dauderstädt. „Wir wollen nicht alle Verwaltungen zu Festungen ausbauen, nicht überall sind rote Alarmknöpfe unter dem Schreibtisch hilfreich, und Kurse zur Deeskalation machen zwar Sinn, lösen aber nicht jeden Konflikt mit dem unzufriedenen Bürger. Aber wir erwarten, dass Vorfälle nicht länger auf Druck von Vorgesetzten unter den Teppich gekehrt, dass bessere Schutzvorkehrungen baulicher oder personeller Art getroffen und auf jeden Fall die Beschäftigten mit ihren Sorgen nicht alleine gelassen werden“, machte Dauderstädt deutlich. „Wenn jemand morgens mit Angst zur Arbeit geht, ist etwas nicht mehr in Ordnung in diesem Land.“

Der dbb Bundesvorsitzende kritisierte auch die seit Jahren mangelhafte Personalausstattung von Behörden und Verwaltungen: „Man kann

vom öffentlichen Dienst viel verlangen, man darf ihn aber nicht überfordern.“ Aufgrund von Stellenbesetzungssperren, Nichtübernahme von fertig Ausgebildeten und strukturellen Veränderungen seien die Belegschaften „auf Kante genäht“. Die zwangsläufig folgende Überlastung führe wiederum zu Ausfällen – „Dienst- oder Arbeitsunfähigkeit, Berufskrankheiten und Frühpensionierungen erhöhen den Arbeitsdruck auf die vorhandenen Kollegen. Kommt keine rechtzeitige Verstärkung und Entlastung, rutschen auch die stabilsten in den Krankenstand und verstärken die Ausfall-Effekte geradezu exponentiell“, zeigte Dauderstädt auf. Der Staatsdienst müsse dieses Dilemma vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit der wachsenden Knappheit an Arbeitskräften schleunigst lösen, der öffentliche Dienst als Arbeitgeber deutlich attraktiver werden. Angezeigt seien passende Personal-Budgets und angemessene, dauerhaft verfügbare Personal-Kontingente sowie attraktive Einkommensbedingungen. „Auch die gesellschaftlich wertvollste Aufgabe verliert an Attraktivität, wenn die Bezahlung nicht stimmt“, mahnte der dbb Chef.
(01/14/17)

Personal: Öffentlichem Dienst droht ein Notstand

(dbb) Vor einem Personalnotstand im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Ausgaben vom 19. April 2017) gewarnt: Nicht nur mit Blick auf die anstehende Ruhestandswelle der geburtenstarken Jahrgänge in den kommenden 15 Jahren werden 1,5 Millionen der heute insgesamt 4,6 Millionen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden – drohe ein Notstand, sagte der dbb Chef. Schon heute bestünden gravierende Personallücken auf allen Ebenen.

Allein die Herausforderungen durch das Ankommen vieler Menschen auf der Flucht in den letzten Jahren hätten offenbart, wie viele Baustellen es wegen des Personalmangels im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen des Staates gebe, so Dauderstädt. „Von den Sicherheitsbehörden über Betreuung, Erziehung und Bildung, den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Arbeitsvermittlung bis hin zu sämtlichen Verwaltungskapazitäten insbesondere auf Landes-

und Kommunalebene ist der Staat auf Kante genäht und damit nur schlecht für Krisen gewappnet.“

So sei beispielsweise der jetzige Personalnotstand allein in der Steuerverwaltung bedenklich niedrig. „Hier fehlen rund 20 Prozent Personal, um den laufenden Steuervollzug seriös und nachhaltig umzusetzen“, erklärte der dbb Chef. Jährlich würden dem Staatshaushalt

mindestens 50 Milliarden Euro Einnahmen verloren gehen – etwa 30 Milliarden im Bereich der Einkommens- und rund 20 Milliarden bei der Umsatzsteuer, „denn Steuerhinterziehung und Steuerflucht können nicht effektiv geahndet werden. Das ist verantwortungslos“, sagte Dauderstädt.

Auch das Bundesverwaltungsamt warnt vor einer Personalnot im öffentlichen Dienst. Sein Präsident Christoph Verenkotte forderte gegenüber der Funke Mediengruppe ein „riesiges Einstellungsprogramm. Die absehbare Pensionierungswelle macht uns zu schaffen“, so

Verenkotte. Aufgrund des sich abzeichnenden Personal Mangels werde es in Zukunft bestimmte Dienstleistungen gar nicht mehr geben, andere könnten nicht mehr in der gewohnten Qualität angeboten werden. „Wir werden in der Bundesverwaltung einen sogenannten ‚Brain Drain‘ bekommen“, sagt der BVA-Präsident. Gemeint ist der Verlust hoch qualifizierter Fachkräfte, von Talent und Intelligenz. Es gebe zwar den politischen Willen, auf das demografische Problem zu reagieren, aber es fehle die administrative Umsetzung, kritisierte Verenkotte.

(02/14/17)

Mutterschutzreform: Mehr Schutz für junge Mütter

(dbb) Die große Koalition hat sich auf die Novellierung des Mutterschutzgesetzes geeinigt. Die Reform soll Frauen zukünftig noch besser bei der Vereinbarung von Beruf, Schwangerschaft und Stillzeit unterstützen. Zukünftig sollen neben Arbeitnehmerinnen insbesondere auch Studentinnen, Schülerinnen und Praktikantinnen im Mutterschutzgesetz berücksichtigt werden. Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßte am 13. April 2017 diese Ausweitung des Personenkreises.

Bei der Umsetzung müsse aber gewährleistet sein, dass schwangere und stillende Frauen in ihrer Berufsausbildung beziehungsweise während eines Studiums keine Nachteile erleiden. „Arbeitgeber, Behörden, Schulen und Hochschulen müssen hier flexible Regelungen für Frauen in der Zeit des Mutterschutzes gewährleisten. Neben dem gesundheitlichen Mutterschutz setzen wir uns perspektivisch auch für eine finanzielle Unterstützung dieser Personengruppe ein“, machte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung deutlich. Der geltende Mutterschutz beinhalte zwar den gesundheitlichen Schutz sowie die Lohnfortzahlung für Arbeitnehmerinnen. Die Novellierung sehe jedoch keinerlei finanzielle Unterstützung für Schwangere und junge Mütter in der Ausbildung vor. „Für eine Unterbrechung der Studien- beziehungsweise Ausbildungszeit ist dies aber dringend notwendig“, so Wildfeuer.

Darüber hinaus müsse neben der besonderen Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplatzes auch die der Schule beziehungsweise Hochschule ins Auge gefasst werden. Zu beachten seien hierbei physische und psychische Gefahren. Hierzu gehören laut dbb bundesfrauenvertretung nicht nur die Wirkungsstätte an sich, sondern auch die Zu- und Abwege. „Auch im öffentlichen Dienst müssen sich Arbeitgeber und Personalräte mit diesem Thema intensiv

auseinandersetzen, da die besondere Gefährdungsbeurteilung der Mitbestimmung unterliegt“, so die Vorsitzende.

Das Gesetz sieht zudem eine Verlängerung der Schutzfristen von acht auf zwölf Wochen für Frauen nach der Geburt eines behinderten Kindes vor. Neu aufgenommen in das Mutterschutzgesetz wird ein viermonatiger Kündigungsschutz für Frauen bei einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche.

Ebenfalls vorgesehen ist die Integration der Verordnung zum Schutz der Mütter am Arbeitsplatz in das neue Mutterschutzgesetz. Danach sollen Beschäftigungsverbote in bestimmten Fällen nicht mehr gegen den Willen der schwangeren Frauen möglich sein. Vielmehr sollen ihre Arbeitsplätze umgestaltet werden, um Gesundheitsgefährdungen auszuschließen, heißt es seitens des Familienausschusses im Bundestag.

Kritisch zu sehen sind aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung hingegen die neuen Möglichkeiten, auch Sonn- und Feiertagsarbeit auf freiwilliger Basis zu ermöglichen. Hier hatte sich der zuständige Ausschuss für ein prinzipielles Nachtarbeitsverbot für schwangere oder stillende Frauen von 20 Uhr bis 6 Uhr ausgesprochen. Die aktuelle Gesetzesvorlage räumt aber auch Ausnahmen ein: Eine Beschäftigung

bis 22 Uhr soll durch ein behördliches Genehmigungsverfahren ermöglicht werden, wenn die Frau dem ausdrücklich zustimmt, nach ärztlichem Zeugnis nichts gegen die Beschäftigung spricht

und eine unverantwortbare Gefährdung für die Schwangere oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist.
(03/14/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern: Knecht als dbb Landesvorsitzender wiedergewählt

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion mecklenburg-vorpommern hat auf seinem 7. Landesgewerkschaftstag (6./7. April 2017 in Stavenhagen) eine neue Landesleitung gewählt. Dietmar Knecht wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt. Der 49-jährige aus Parchim erhielt 98 Prozent der Stimmen.

In einem Leitantrag bekräftigten die Delegierten die Forderung nach Entwicklung eines attraktiven öffentlichen Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser müsse berufliche Entwicklungsperspektiven bieten und der Abwanderung junger Menschen aus dem Land entgegenwirken. „Nicht nur in der Wirtschaft werden das Personal und der Nachwuchs knapp, eine ähnliche Entwicklung wird auch der öffentliche Dienst bei Bund, Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern nehmen, wenn nicht durch motivierende Arbeitsbedingungen und angemessene personelle Ausstattung gegengesteuert wird“, sagte der wiedergewählte dbb Landesvorsitzende. Thema war ferner die Stärkung des für das Funktionieren der Gesellschaft unabdingbaren Ehrenamtes. Dazu bedürfe es unter anderem verbesserter Freistellungsregelungen, so Knecht.

Als Gast des CDU-Landesparteitages am 8. April 2017 in Grimmen traf der wiedergewählte dbb Landeschef mit der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen, die als Delegierte ihres Heimatverbandes Mecklenburg-Vorpommern zugegen war. In dem Gespräch ging es insbesondere um Nachwuchsgewinnung, Personalpolitik der öffentlichen Hände und um den Flickenteppich bei der Besoldung. „Wir sehen mit Sorge die Auseinanderentwicklung der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen auf Länderebene. Das, was beim Bund mit Stellenaufwuchs und Eins-zu-eins-Übertragung von Tarifabschlüssen funktioniert, wird den Kolleginnen und Kollegen Mecklenburg-Vorpommerns leider verwehrt“, machte Knecht deutlich.
(04/14/17)

Sachsen-Anhalt: Ladebeck bleibt Chef des dbb Landesbundes

(dbb) Beim Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt am 26. April 2017 in Wernigerode wählten die Delegierten mit 109 von 110 Stimmen den Polizeirat Wolfgang Ladebeck für fünf weitere Jahre zum Vorsitzenden. Der 56-Jährige ist bereits seit Juni 2014 im Amt und bereits seit 2001 Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Ladebeck kritisierte auf dem Gewerkschaftstag überaus scharf den Personalnotstand im gesamten öffentlichen Dienst. Das Ergebnis des radikalen Stellenabbaus in den vergangenen Jahren sei eine in weiten Teilen handlungsunfähige öffentliche Verwaltung. „Wir brauchen nicht nur mehr Lehrer und Polizisten, wir brauchen dauerhaft mehr Personal in der Landesverwaltung.“

Sonst könne die Daseinsvorsorge nicht mehr zeitnah gewährleistet werden. Von CDU, SPD und den Grünen (Koalitionsparteien in Sachsen-Anhalt. Anm. d. Red.) erwarte man daher eine Kurskorrektur in der Personalpolitik.

Der dbb Landeschef konstatierte auch eine Perspektivlosigkeit für viele Beamte, hervorgerufen durch schlechte Aufstiegsmöglichkeiten, geringe Beförderungschancen und schlechte Bezahlung im Bundesvergleich. „Wenn da keine Verbesserung erfolgt, werden junge Menschen statt in den öffentlichen Dienst in die Wirtschaft gehen. Damit der öffentliche Dienst auch in Zeiten des Fachkräftemangels attraktiv bleibt, braucht er leistungsgerechte, mit der Wirtschaft konkurrenzfähige Beschäftigungsbedingungen, und er braucht die Verlässlichkeit politischer Zusagen“, so Ladebeck.

Der neuen Führungsspitze des dbb sachsen-anhalt gehören neben dem Vorsitzenden Ladebeck nun außerdem der Erste Stellvertretende Vorsitzende Ulrich Stock (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft) und als stellvertretende

Vorsitzende Iris Herfurth, (Deutsche Steuergewerkschaft), Torsten Grabow (Gewerkschaft der Sozialversicherung), Torsten Salomon (Verband Bildung und Erziehung) und Thomas Gaube (Philologenverband) an.
(05/14/17)

Beamtenbesoldung in Sachsen: Gespräche abgeschlossen

(dbb) Die sächsischen Landes- und Kommunalbeamten bekommen mehr Geld. Darauf haben sich der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, das Sächsische Staatsministerium der Finanzen, der Deutschen Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen, und der Sächsische Richterverein am 12. April 2017 geeinigt.

Zum Abschluss der Gespräche über die Umsetzung der Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst der Länder (dbb aktuell berichtete) unterzeichneten die Teilnehmer ein Eckpunkte-Papier als Basis für das nun folgende Gesetzgebungsverfahren. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Besoldung der Beamten, Richter und Versorgungsempfänger des Freistaates Sachsen – analog zum Tarifbereich – rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 2,0 Prozent und ab 1. Januar 2018 um weitere 2,35 Prozent linear erhöht wird. Die Anwärterbezüge werden um jeweils 35 Euro zum 1. Januar in beiden Jahren angehoben.

Da die Tarifeinigung neben der linearen Erhöhung der Tabellenentgelte weitere Elemente enthält, verständigten sich die Gesprächspartner auch im Bereich der Beamtenbesol-

dung auf zusätzliche Schritte, um entsprechende Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zu erfüllen. So erhalten beispielsweise Beamte mit einem monatlichen Grundgehalt von bis zu 3.200 Euro (unter Berücksichtigung einer etwaigen Teilzeitquote) in 2017 eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro. Zudem erhöht sich etwa ab dem 1. Januar 2018 die Endstufe für alle Beamten und Richter zusätzlich um 1,12 Prozent und ab dem 1. Oktober 2018 erhalten Beamte ab der Besoldungsgruppe A 9 nach in der Regel fünfjähriger Wartezeit in der Endstufe einen ruhegehaltfähigen Zuschlag zu ihren Dienstbezügen in Höhe von 1,03 Prozent. Bisher verbrachte Wartezeiten in den jeweiligen Besoldungsordnungen werden angerechnet.
(06/14/17)

Besoldung in Niedersachsen teilweise verfassungswidrig – NBB fordert politische Lösung

(dbb) Die Beamtenbesoldung in Niedersachsen war im Jahr 2013 teilweise verfassungswidrig. Das hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg am 25. April 2017 entschieden. Die in den Besoldungsgruppen A 8 und A 11 gewährte Besoldung sowie die in der Besoldungsgruppe A 13 gewährte Versorgung sei in diesem Jahr „evident unzureichend“ gewesen. „Wir werten den Beschluss des OVG Lüneburg als klares Indiz dafür, dass die Besoldung niedersächsischer Beamtinnen und Beamter dringend deutlich verbessert werden muss“, sagte Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion.

„Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass eine amtsangemessene Alimentation für jede Beamtin und jeden Beamten an jedem Ort in Niedersachsen gewährleistet sein muss“, so Schäfer weiter. „Das Land wäre jetzt gut beraten, endlich in einen politischen Dialog mit uns über Lösungsmöglichkeiten einzutreten, statt weiter Gerichtsentscheidungen abzuwarten. Wer das Thema der sozialen Gerechtigkeit vor

sich herträgt, muss jetzt reagieren. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind es leid, wieder über Jahre vertröstet zu werden.“ Wenn das Land dieses erneute Gesprächsangebot ablehne, werden man unter Einbeziehung weiterer von den Beschäftigten beklagten Unzulänglichkeiten über die Durchführung eines „heißen Herbstes“ diskutieren.
(07/14/17)

Bremen: Kritik an geplanter Besoldungsanpassung

(dbb) Der von Bremens Bürgermeister Carsten Sieling am 7. April 2017 vorgestellte Gesetzentwurf zur Anpassung der Beamtenbesoldung ist beim dbb bremen auf Kritik gestoßen. Dass das ohnehin moderate Tarifergebnis nicht zeitgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werde, sei kein Zeichen der Wertschätzung, teilte der dbb Landesbund mit. Der Landesbundvorsitzende Jürgen Köster bemängelte, dass damit die seit Jahren stattfindende Schlechterstellung der Beamten ihre Fortsetzung finde.

Laut dem Gesetzentwurf ist unter anderem zum 1. Juli 2017 eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 2,0 Prozent vorgesehen (mindestens 75 Euro) sowie zum 1. Juli 2018 um weitere 2,35 Prozent. Die Anwärtergrundbeträge sollen zeitgleich um jeweils 35 erhöht werden.

Wieder einmal zeige sich, heißt es beim dbb bremen dazu, dass die Fürsorgepflicht des obersten Dienstherrn gegenüber den Bediensteten nicht vorhanden sei obwohl diese Ihren Dienst mit voller Hingabe leisteten. (08/14/17)

Frauenförderung: DBB NRW fordert Rechtssicherheit für Beamte

(dbb) Schnelle Rechtssicherheit für Beamtinnen und Beamte fordert der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen und unterstützt damit die Ankündigung von CDU und FDP, die aktuelle Regelung zur Frauenförderung verfassungsgerichtlich prüfen zu lassen.

„Der DBB NRW begrüßt jeden Schritt, der schnell für Rechtssicherheit sorgt“, erklärte der Landesvorsitzende Roland Staude am 6. April 2017. Die aktuelle Situation sei für die Beamtinnen und Beamten „extrem frustrierend“, da es in einigen Bereichen faktisch einen Beförderungsstopp gebe und weder Frauen noch Männer befördert würden.

Zwar werde aktuell daran gearbeitet, das Problem in besonders stark betroffenen Bereichen zu lösen. Damit würden jedoch lediglich Symptome gelindert. „Durch den geplanten Beförderungsschub fällt zwar vielfach die Grundlage der aktuellen Klage weg, langfristig hilft das aber nicht, da immer wieder neue Klagen eingereicht werden, spätestens nach der nächsten regelmäßigen Beförderungsrunde“, machte

Staude deutlich. Deshalb führe kein Weg an einer Klärung durch den Verfassungsgerichtshof NRW (VGH NRW) vorbei.

Diesen Schritt hatte zwar auch die Landesregierung angekündigt, aber seither seien mehr als sechs Wochen vergangen, ohne dass dieser Ankündigung Taten gefolgt wären. Losgelöst von der rechtlichen Klärung müsse für wirkliche Frauenförderung aber schon bei der Beurteilung angesetzt werden, da Frauen oft trotz guter Leistungen schlechtere Beurteilungen erhalten und sich daraus entsprechende Beförderungsnachteile ergeben, so Staude. „Es muss für Frauen wie auch für Männer möglich sein, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, ohne dass dabei die Karriere auf der Strecke bleibt“. (09/14/17)

Thüringen: tbb diskutiert Themen des öffentlichen Dienstes mit Ministerpräsident

(dbb) Die Landesleitung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen um den Vorsitzenden Helmut Liebermann hat am 7. April 2017 mit dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow über verschiedene Themen des öffentlichen Dienstes diskutiert. Einmal mehr ging es auch um die geplante Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform (dbb aktuell berichtete).

Dem tbb gehe es in erster Linie um Rechtssicherheit für die Beschäftigten bei der Umsetzung der Reform. Gerade in den Kommunen bestehe aber ein hohes Maß an Verunsiche-

rung bezüglich zukünftiger Aufgabenerledigung. Ramelow habe in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass es zur Verschiebung von Aufgaben kommen werde, deren Verteilung im Einzelnen aber noch nicht geklärt

sei. Es solle jedoch für alle Beteiligten eine verträgliche Lösung gefunden werden. Zudem sei keine der geplanten Maßnahmen auf Personalabbau ausgerichtet. Einigkeit habe zwischen den Gesprächspartnern darin bestanden, dass eine unterschiedliche Behandlung der Statusgruppen sowie der verschiedenen Ebenen (Kommunen, Landkreise, Land) nicht akzeptabel wäre.

Bezüglich der aktuell vorgesehenen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtensoldung bekräftigte tbb Chef Helmut Liebermann seine bereits gegenüber der Landesfinanzministerin Heike Taubert geäußerte Kritik: „Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die Schere zwischen verschiedenen Bundesländern immer weiter öffnet. Eine entsprechende Korrektur des Gesetzentwurfs in der zweiten Kabinettsbefassung halten wir für dringend geboten.“

Thematisiert wurden darüber hinaus die jüngst getätigte Aussage der Landesumweltministerin Anja Siegesmund. Sie hatte die Thüringer

Forstwirtschaft als „Kahlschlagslobby“ bezeichnet und dem ThüringenForst (Landesforstanstalt, Anm. d. Red.) „Raubbau“ vorgeworfen. Der stellvertretende tbb Vorsitzende Andreas Schiene, zugleich Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF), sagte: „Noch nie hat ein Regierungsmitglied solche Diffamierungen und Vorwürfe gegenüber den Beschäftigten von sich gegeben. Wir halten derartige Entgleisungen für unverantwortlich und werden öffentlich Konsequenzen fordern.“

Der stellvertretende tbb Vorsitzende Frank Schönborn warnte außerdem vor der Abschaffung von Laufbahnausbildungen durch das „Personalentwicklungskonzept 2025“. Es könne „nicht im Interesse von Thüringen liegen, dass notwendige Laufbahnausbildungen abgeschafft werden, die zur späteren Aufgabenerfüllung notwendig sind.“ Die bisherige Entscheidung müsse unbedingt überdacht werden, zumal sich auch alle Fachressorts gegen die Abschaffung ausgesprochen hätten. (10/14/17)

FWSV: Neuer Name, neue Struktur

(dbb) Die dbb Mitgliedsgewerkschaft für die Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat sich neu aufgestellt. Sie heißt zukünftig „Fachverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung“, die bisherige Abkürzung FWSV bleibt erhalten. Außerdem wurde die Verbandsstruktur modernisiert: Die bisherigen Orts- und Bezirksgruppen wurden aufgelöst, an ihre Stelle sind elf Regionalverbände getreten. Der Bundesvertretertag habe die vom Bundesvorstand vorbereitete neue Satzung einstimmig beschlossen, teilte der FWSV am 7. April 2017 mit.

„Mit dieser neuen Organisationsform tragen wir den Veränderungen in unserer Verwaltung sowie den demografischen Veränderungen in unserer Mitgliederstruktur Rechnung“, heißt es in dem Schreiben des FWSV-Bundesvorsitzenden Egon Höfling. Der Fachverband werde

durch eine weitere Zentralisierung der Mitgliederverwaltung und -information einerseits und durch die Beibehaltung von Ansprechpartnern in den einzelnen Regionen andererseits zukunftssicher aufgestellt. (11/14/17)

Gespräch mit von der Leyen: VBB gegen Soldaten auf Verwaltungsdienstposten

(dbb) Der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) wendet sich gegen die Besetzung von Verwaltungsdienstposten mit militärischem Personal. Da die Bundeswehr derzeit ohnehin große Probleme bei der Verpflichtung von Soldatinnen und Soldaten habe, sei diese Praxis nicht nachvollziehbar, machte die VBB Bundesleitung im Gespräch mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 4. April 2017 deutlich. Das Grundgesetz sehe zudem aus gutem Grund eine Trennung zwischen Streitkräften und Bundeswehrverwaltung vor.

In diesem Zusammenhang kritisierte die VBB Vertreter um den Bundesvorsitzenden Wolf-

gang Kamm auch die Besetzung des neugeschaffenen Compliance Management Beauf-

tragen mit einem Soldaten, obwohl die Aufgabe eindeutig als ziviler Dienstposten codiert sei. Ministerin von der Leyen habe aber bereits zugesichert, dass nach der Aufbauphase eine personelle Veränderung angedacht sei und dann die entsprechenden Verfahren für eine zivile Besetzung durchgeführt würden.

Deutlich machte VBB Chef Kamm gegenüber der Ministerin, dass sein Verband mit Blick auf den Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr keine grundsätzlichen Bedenken gegen ehemalige Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr-

verwaltung habe. Qualitätsverluste und Verdrängungseffekte dürften jedoch nicht entstehen.

Neben der von der Ministerin von der Leyen ausgerufenen „Trendwende Personal“, also dem Ende des Personalabbaus bei der Bundeswehr, begrüßten die VBB Vertreter auch die „Agenda Attraktivität“. Der Erlass bezüglich der praktischen Umsetzung müsse jedoch noch präzisiert werden. Zudem gelte es zu prüfen, ob es für Instrumente wie die Stellenbündelungen weitere Einsatzmöglichkeiten gäbe. (12/14/17)

Kriminalstatistik zeigt Gewaltzunahme - DPolG: Entdeckungsrisiko entscheidend

(dbb) „Der signifikante Anstieg bei den Gewaltvorfällen ist besorgniserregend“, sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, mit Blick auf die am 24. April 2017 vorgestellte bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik. Danach ist die Gewaltkriminalität um 6,7 Prozent auf 193.542 Fälle gestiegen.

„Ein Grund für die steigende Kriminalität ist das geringe Entdeckungsrisiko“, erklärte Wendt. „Viele Straftäter meinen ihre Taten begehen zu können, weil sie kein Erwischen fürchten. Das muss sich dringend ändern mit mehr Polizeipräsenz, verstärkter Videobeobachtung, zeitnaher Verurteilung und spürbaren Strafen. Die Zahl der Polizeikräfte in vielen Ländern in den letzten Jahren zu senken, rächt sich jetzt. Wir brauchen dringend weitere Neueinstellungen bei der Polizei, um die Alltagskriminalität effektiv bekämpfen zu können.“

Die personelle Aufstockung müsse von einer Modernisierung der technischen Ausstattung

und einem engeren Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander begleitet werden. Um zum Beispiel Wohnungseinbrüche stärker zu bekämpfen, solle ein länderübergreifendes Vorgangsbearbeitungssystem eingerichtet werden, das auch recherchefähig ist. „Es kann nicht sein, dass eine kriminelle Bande Einbrüche in Berlin begeht, dann weiterreist nach Nordrhein-Westfalen und dort niemand bei der Polizei auf Erkenntnisse zuvor begangener Straftaten zugreifen kann“, kritisierte Wendt. (13/14/17)

BLBS will Bund an Modernisierung berufsbildender Schulen beteiligen

(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) will den Bund stärker als bisher an der Modernisierung berufsbildender Schulen beteiligen. Dafür müsse das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern gelockert werden. „Nur so können in modernen und innovativen berufsbildenden Schulen weiterhin die Fachkräfte der Gegenwart und Zukunft in hoher Qualität ausgebildet werden“, sagte der BLBS Bundesvorsitzende Eugen Straubinger am 26. April 2017.

Als wesentliches Qualitätsmerkmal guter Berufsausbildung und -fortbildung gelte eine zeitgemäße, dem aktuellen Stand angepasste technische Ausstattung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstütze daher die überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Kompetenzzentren der Wirt-

schaft mit einem Sonderprogramm zur Förderung der Digitalisierung und Modernisierung der Ausbildung. „Die beruflichen Schulen brauchen aber ebenso eine moderne, aktuelle und hochwertige digitale Ausstattung, um ihren Bildungsauftrag zu erfüllen“, so Straubinger. „Das ist leider nicht in allen Bundesländern gegeben.“ Für die Ausstattung der berufsbildenden

Schulen seien gegenwärtig allein die schon heute finanziell überforderten Landkreise und Kommunen zuständig.
(14/14/17)

Berliner Flughäfen: BDZ beklagt akute Personalnot bei Zollabfertigung

(dbb) Bei der Zollabfertigung an den Berliner Flughäfen herrscht akute Personalnot. Darauf hat die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) am 25. April 2017 hingewiesen. Wenn der neue Hauptstadtflughafen BER in Betrieb gehe, würde das die ohnehin dramatische Situation noch verschärfen, weil das Hauptzollamt Potsdam für einen Übergangszeitraum die Arbeitsfähigkeit des Zolls an drei Flughäfen (BER, Tegel und Schönefeld alt) im Parallelbetrieb und danach am Großflughafen BER gewährleisten müsse.

Doch bereits jetzt bestehe großer Mangel: 27 Prozent Unterbesetzung (im Oktober 2016), hoher Krankenstand, erfolglos ausgeschriebene Dienstposten, schlechte Arbeitsbedingungen und hohe Personalfuktuation stünden jährlich wachsenden Fluggastzahlen von 8 bis 10 Prozent und der noch stärker anwachsenden Luftfrachtmenge gegenüber. Beim einem

Treffen mit Vertretern der Zollverwaltung, darunter Werner Gatzer, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, und Uwe Schröder, Präsident der Generalzolldirektion, konnten Vertreter des Personalrates und Beschäftigte mit Unterstützung des BDZ nun erneut auf die Problematik aufmerksam machen und mögliche Lösungsansätze diskutieren.
(15/14/17)

Spitzengespräch bei der DRV Bund: GdS will Flexi-Rente bekannter machen

(dbb) Zu einem Austausch über Zukunftsfragen der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich eine Delegation der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 11. April 2017 in Berlin mit der Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund, Gundula Roßbach, getroffen. Der GdS Bundesvorsitzende Maik Wagner warb dafür, dass die DRV und die Politik die neuen Regelungen für einen flexiblen Übergang in die Rente stärker bekannt machen.

Derzeit halten sich demnach die Auswirkungen der „Flexi-Rente“ für die DRV und deren Beschäftigte in engen Grenzen. Die Inanspruchnahme von Teilrenten spiele derzeit nur eine sehr geringe Rolle. Gleiches gelte für die vom Flexi-Renten-Gesetz eröffnete Option, über die Regelaltersgrenze hinaus weiterzuarbeiten, um zusätzliche Rentenansprüche zu erwerben.

Weiteres Thema des Spitzengespräches war die Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland, die in dieser Legislaturperiode beschlossen wurde. Wagner betonte, dass dies schlichtweg eine Frage der Gerechtigkeit sei. Die Kosten dafür müssten allerdings aus Steuermitteln und nicht durch Rentenversicherungsbeiträge getragen werden.
(16/14/17)

Grenze für Migrantenanteil in Schulklassen?

(dbb) Über die Frage, ob der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Schulklasse begrenzt werden soll, ist am 24. April 2017 eine kontroverse öffentliche Debatte geführt worden. Der Deutsche Philologenverband (DPHV) begrüßte entsprechende Vorschläge aus dem Bundesbildungsministerium. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) bezeichnete die Überlegung hingegen „abstrus und illusorisch“.

Nach Ansicht des DPHV Chefs Heinz-Peter Meidinger gibt es drei Gründe für eine gleichmäßigere Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund auf Schulklassen: Erstens beobachtet man derzeit eine Konzentration sehr

hoher Migrantenanteile in bestimmten Regionen, Ballungsgebieten und sozialen Brennpunkten. Zweitens würden zu hohe Ausländeranteile in einzelnen Klassen die sprachliche

und soziale Integration der Kinder mit Migrationshintergrund erschweren. Drittens würden, wie Studien ergeben hätten, ab einem Anteil von 40 Prozent Migrantanteil die Leistungen aller Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen rapide absinken. Dies führe dazu, dass deutsche Eltern solche Klassen für ihre Kinder vermeiden wollten, was zu einem „Teufelskreis“ führe.

VBE Chef Udo Beckmann kritisierte, dass eine Quotierung in letzter Konsequenz in bestimmten Regionen mit einem hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund zur Auflösung

von Klassen führen würde. Diese Schüler müssten dann „mit dem Bus auf die Schulen verteilt werden“. Zudem stelle sich die Frage, ob die Quotierung nur für die erste oder auch für die zweite oder dritte Generation von Menschen mit Migrationshintergrund gelten solle. Aus Sicht des VBE könne die Frage nur gelöst werden, wenn Stadtentwicklung und Wohnungspolitik die Ballung von Menschen mit Migrationshintergrund in bestimmten Stadtteilen verhindern. Zudem brauche man umfassende Integrationskonzepte von der Kita bis zur Hochschule.
(17/14/17)

VBE: Fehlende Alarm-Trennung in Schulen ist Armutszeugnis

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat das Fehlen von getrennten Alarmsignalen – eines, um bei Feuer das Gebäude zu verlassen und eines, das vor dem Verlassen des Gebäudes warnt – in vielen allgemeinbildenden Schulen als „Armutszeugnis“ bezeichnet. „Hier wird an der falschen Ecke gespart“, erklärte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 26. April 2017.

An diesem Datum kam es 15 Jahre zuvor an einer Schule in Erfurt zu einem Amoklauf. „Wir sehen die Bemühungen vieler Kultusministerien, die Schulen mit Notfallplänen auszustatten und auf den Ernstfall vorzubereiten. Trotzdem hinterlässt es mich fassungslos, wenn an den einfachsten Dingen gespart wird. Ein zweites Alarmsignal kann lebensrettend sein“, so

Beckmann. Die Verantwortlichen gingen damit fahrlässig mit dem Schutzbedürfnis und der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und allen weiteren an Schule Beschäftigten um. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“
(18/14/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 10. April 2017 wurden die Tarifverhandlungen zum Gesundheitsschutz für die Flughafenfeuerwehren in Frankfurt fortgesetzt. Die Verhandlungskommission des **dbb** hat ihre Forderungen gegenüber der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) noch einmal bekräftigt: Die zentralen Themen sind dabei Regelungen zum Erhalt und zur Wiederherstellung der Feuerwehrdiensttauglichkeit (unter anderem Dienstsport mit professioneller Anleitung, medizinische Betreuung und Behandlung), umfassende Absicherung bei Verlust der Feuerwehrdiensttauglichkeit sowie Regelungen zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben mit finanziellem Ausgleich. Die Verhandlungen werden am 17. und 18. Mai 2017 in Berlin fortgesetzt.

Der Ministerrat in Bayern hat in der Kabinettsitzung am 25. April 2017 dem aktualisierten Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung

2017/2018 zugestimmt. Das teilte der **Bayerischer Beamtenbund (BBB)** mit. In dem neu gefassten Entwurf werde auf die Begrenzung des Mindestbetrags von 75 Euro auf einen Grundgehaltsbetrag von bis zu 3.200 Euro (sog. Grenzbetrag) verzichtet. Der BBB habe in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf die Beseitigung dieser Unregelmäßigkeiten gefordert.

Das vom **tbb beamtenbund und tarifunion** Thüringen bereits seit längerem geforderte Gespräch zur Eingruppierung der Regelschullehrkräfte ins Eingangsamt A 13/E 13 mit den Thüringer Landesministern für Bildung sowie Finanzen hat am 3. April 2017 stattgefunden. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warb der tbb dabei für attraktive Beschäftigungsbedingungen. Die Vorschläge von Benjamin-Immanuel Hoff (kommissarischer Leiter des Ministeriums für

Bildung) und Heike Taubert (Finanzministerin) sehen entweder eine nicht ruhegehaltfähige Zulage in Höhe von 40 Prozent des Differenzbetrags bis A 13/E 13 oder eine ruhegehaltfähige Zulage in voller Höhe bis zur A 13/E 13 nur für Regelschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen vor. Diese Vorschläge wollen tbb und GEW nun zunächst in ihren jeweiligen Gremien beraten.

Unter der Schirmherrschaft von Ralf Wieland, dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, hat am 22. April 2017 der 1. Parlamentarische Frührschoppen des dbb berlin stattgefunden. Die Führungsspitze des dbb Landesbundes um den Vorsitzenden **Frank Becker** begrüßte etwa 100 Gäste aus Politik und Verwaltung der Bundeshauptstadt, darunter den Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, zum Informationsaustausch. „Gegenseitiges Verständnis und Verständigung stellen sich in lockerer Atmosphäre oft sehr viel leichter ein“, so Becker.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sieht große Ähnlichkeiten bei den Problemen von Führungskräften in Schulen und Kitas. In beiden Fällen gebe es eine große Belastung durch Bürokratie, Personalmangel und fehlende Leitungszeit. „Da ist es nicht verwunderlich, wenn Leitungsstellen unbesetzt bleiben“, sagte VBE Chef **Udo Beckmann** mit Blick auf entsprechende Studienergebnisse am 26. April 2017. „Wer Leitung will, muss Leitungszeit gewähren. Wer Führung und die Übernahme weiterer Aufgaben möchte, muss dies entsprechend entlohnen. Wertschätzung muss auch finanziell messbar sein.“

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Hans-Peter Meidinger**, hat am 14. April davor gewarnt, Ereignisse wie die Osterzeit von der Konsumindustrie zu einem weiteren Geschenkgroßereignis hochpushen zu lassen. Er beobachte mit Sorge, dass viele Eltern ihre Kinder nicht nur an Geburtstagen und Weihnachten, sondern auch zu anderen Gelegenheiten wie Ostern in einer Dimension beschenken, die nicht mehr zu vertreten sei. „Da geht es nicht mehr nur um zehn Euro für eine Eins, sondern um teure Kopfhörer, Handys, Spielkonsolen, Markenklamotten bis hin

zu E-Bikes im Wert von 2.000 Euro“, kritisierte Meidinger.

Bei den diesjährigen Sozialwahlen hat die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) erste Erfolge erzielt, teilte die dbb Mitgliedsgewerkschaft am 19. April 2017 mit. Neben den bestätigten Mandaten in verschiedenen Selbstverwaltungsgremien hat sich die GdS zudem bei den AOKs in Bayern und in Baden-Württemberg sowie bei der IKK classic in Verhandlungen mit anderen Listenträgern mindestens einen Platz in den Verwaltungsräten gesichert. Gleiches gilt für Plätze in allen Direktionsbeziehungsweise Landesbeiräten dieser Kassen. „Ein schöner Erfolg, den sich alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auf die Fahnen schreiben können“, so der GdS Bundesvorsitzende **Maik Wagner**.

Am 3. April 2017 haben sich die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Fusion“ des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (**VBB**) und des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr (**VAB**) getroffen, um an einem Satzungsentwurf zu arbeiten. Beide Statusgruppen sollen ausreichend Berücksichtigung in einem möglichen neuen Gesamtverband finden, teilten die Organisationen mit. Durch die Fusion solle für alle Mitglieder ein Mehrwert entstehen, wie beispielsweise der immer weiter voranschreitenden Militarisierung der Bundeswehrverwaltung als Zivilpersonal geschlossen entgegentreten.

Die erste Verhandlungsrunde der aus den Gewerkschaften **DPVKOM**, **DBV** und **komba** bestehenden Tarifgemeinschaft mit der Deutschen Postbank AG ist am 7. April 2017 in Bonn ohne Angebot der Arbeitgeberseite zu Ende gegangen. Die Gewerkschaften machten deutlich, dass für sie eine Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen bis zum 31. Dezember 2022 höchste Priorität hat – insbesondere hinsichtlich der von der Deutschen Bank (Konzernmutter) geplanten Zusammenführung des eigenen Privat- und Firmenkundengeschäfts mit der Postbank. Bekräftigt wurde zudem die Forderung nach einer linearen Lohnerhöhung für alle Arbeitnehmer und Auszubildenden um 4,9 Prozent.

(19/14/17)

Kommende Termine:

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

"Gesundheitsfürsorge der Beamten - Herausforderungen heute, Perspektiven morgen"

4. Mai 2017, dbb forum berlin

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“

11. Mai 2017, dbb forum berlin

5. wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung

20./21. Juni 2017, Berlin

18 Bundesjugendtag der dbb jugend

12./13. Mai 2017, Berlin
